

Gerichtliche Sanierung

Handbuch

Bearbeitet von

Herausgegeben von Prof. Dr. Christoph G. Paulus, LL.M., und Dr. Thomas Knecht, Vorsitzender des Vorstands, Bearbeitet von Dr. Volker Beissenhirtz, LL.M. (London), Rechtsanwalt und Zertifizierter Restrukturierungsberater (EACTP), Dr. Rainer Eckert, Rechtsanwalt, Arndt Geiwitz, Geschäftsführender Gesellschafter, Katharina Gerdes, Rechtsanwältin, Dr. Christian Gerloff, Rechtsanwalt, Michael Hermanns, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Helmut König, Steuerberater, Dr. Jörn Kowalewski, Rechtsanwalt, Dr. Ralf Lichtenthaler, Prof. Dr. Stephan Madaus, Dr. Sven Schelo, Rechtsanwalt, und Angelika Wimmer-Amend, Rechtsanwältin

1. Auflage 2018. Buch. Rund 592 S. In Leinen
ISBN 978 3 406 64817 5
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Zivilverfahrensrecht, Berufsrecht, Insolvenzrecht > Insolvenzrecht, Unternehmenssanierung](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of varying sizes. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](#) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Paulus/Knecht
Handbuch Gerichtliche Sanierung

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, lowercase, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three small, solid red circles of varying sizes, arranged in a slight arc. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, uppercase, sans-serif font.
beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Gerichtliche Sanierung

von

Dr. Volker Beissenhirtz, LL. M. (London), RA & Zertifizierter Restrukturierungsberater, Berlin; Dr. Rainer Eckert, RA, Hannover; Arndt Geiwitz, RA, Geschäftsführender Gesellschafter, Ulm; Katharina Gerdes, RAin, Hamburg; Dr. Christian Gerloff, RA, München; Michael Hermanns, Wirtschaftsprüfer & Steuerberater, Wuppertal; Dr. Thomas C. Knecht, Vorstandsvorsitzender, Osnabrück; Helmut König, Steuerberater, Düsseldorf; Dr. Jörn Kowalewski, RA, Hamburg; Prof. Dr. Stephan Madaus, Universitätsprofessor, Halle; Prof. Dr. Christoph G. Paulus, LL. M., Universitätsprofessor, Berlin; Dr. Sven Schelo, RA, Frankfurt am Main; Angelika Wimmer-Amend, RAin, Kronberg/Taunus.

Herausgegeben von

Prof. Dr. Christoph G. Paulus und Dr. Thomas C. Knecht

1. Auflage 2018


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag
Paulus/Knecht/Madaus/Geiwitz, Handbuch Gerichtliche Sanierung § 2 Rn. 16


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 64817 5

© 2018 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Kösel GmbH & Co. KG, Am Buchweg 1,
87452 Altusried-Krugzell
Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Das Buch scheint wider den Zeitgeist zu lücken. Gerät doch mit dem Richtlinienentwurf der EU-Kommission zur Einführung eines präventiven Restrukturierungsrahmens die Diskussion darüber, ob ein solches gerade auf die möglichst weitgehende Ausblendung gerichtlicher Beteiligung gerichtetes Verfahren wünschenswert ist, das eher traditionelle Verständnis einer gerichtseingebundenen Sanierung zunehmend aus dem Blickwinkel. Die moderne Frage scheint doch zu lauten: Wie kann ein auf Insolvenzvermeidung gerichtetes Verfahren geschaffen werden, das den Ballast des gerichtlichen Verfahrens gerade hinter sich lässt und damit ein mit all den unerwünschten und unerfreulichen Begleiterscheinungen behaftetes gerichtliches Sanierungsverfahren überflüssig macht?

Hier darf man sich durch die Intensität und die Masse der literarischen Äußerungen und die unzähligen Vortragsveranstaltungen bzw. Konferenzen zu der Neuerung aus Brüssel nicht täuschen lassen. Wie auch schon bei den geballten Diskussionen anlässlich der Änderung der damaligen Konkursordnung, bei der Einführung der europäischen Insolvenzverordnung, bei der Gewichtsverschiebung zwischen GmbH-Recht und Insolvenzrecht durch das MoMiG, oder bei der Einführung des Schutzschirmverfahrens durch das ESUG ist die anfängliche Aufregung riesengroß, bevor sie dann nach einiger Zeit einer nüchternen Betrachtungsweise weicht, die regelmäßig in die Erkenntnis mündet, dass der Baukasten vergrößert worden ist, ohne dem vorhandenen Bestand das Wasser abgegraben zu haben.

Insofern hat es also seinen guten Sinn, sich bei aller Aktualitäts-Aufgeregtheit zu besinnen und sich des vorhandenen Instrumentariums zu vergewissern. Wie sehr das gerade für das Sanierungs- und Insolvenzrecht Deutschlands gerechtfertigt ist, lässt sich eindrucksvoll aus dem Doing Business-Report der Weltbank-Gruppe ersehen, wo Deutschland hinter Finnland und Japan auf Platz drei liegt. Wie immer man diesen Report einschätzen mag oder einzuschätzen hat; Dem Trend nach macht er klar, dass das gerichtliche Verfahren hierzulande massive Vorteile aufzuweisen hat.

Diese herauszuarbeiten bzw. darzustellen, ist ein vorrangiges Ziel des vorliegenden Buches. Unter Verwendung bevorzugt interdisziplinärer Ansätze werden die maßgeblichen Etappen einer Krise mitsamt ihren rechtlich-ökonomischen Implikationen beschrieben und Lösungsmöglichkeiten angeführt. Für die gerichtliche Sanierung bedeutet das, dass der von der Krise Betroffene, anders als im Falle einer außergerichtlichen Sanierung, deren Erfolg oder Misserfolg weitestgehend und nahezu ausschließlich von den Fähigkeiten externer Berater abhängig ist, grundsätzlich auf ein vorwiegend normenbasiertes Instrumentarium zugreifen kann, das sich unter der für Interessenausgleich sorgenden Ägide eines Gerichts entfaltet und seiner Zwecksetzung nach auch und gerade auf eine Sanierung ausgerichtet ist.

Der besondere Nutzen für den Leser liegt hier in der Präsentation eines konzeptionellen Rahmens, der ihm an die Hand gegeben wird, um die Verbindung und das Zusammenwirken von wirtschaftswissenschaftlichen und rechtlichen Grundlagen zu verstehen. Die wissenschaftliche Breite verdeutlicht anschaulich die praktische Relevanz: Sowohl die Methodik als auch die Mechanik der gerichtlichen Sanierungsoptionen wie auch deren Verlässlichkeit und Belastbarkeit werden klar aufgezeigt.

Der von einer Insolvenz Betroffene befindet sich regelmäßig in einer nicht ausschließlich wirtschaftlichen Krise, die er nicht im Alleingang bewältigen kann. Er braucht insofern Hilfe beim Krisenmanagement. Die gerichtliche Sanierung ist stark geprägt durch die rechtlichen Rahmenbedingungen einer strikten Insolvenzordnung. Dies schafft die notwendige Klarheit, um den von einer Insolvenz Bedrohten oder Betroffenen die Unsicherheit zu nehmen und mit der Vorgehensweise vertraut zu machen.

Vorwort

Im Gegensatz zu der außergerichtlichen Sanierung, in der sich der Unerfahrene in diesem komplexen Umfeld auf eine gute und umfangreiche Beratung verlassen muss, wird ihm mit der gerichtlichen Sanierung ein stark auf Normen basiertes Hilfsmittel an die Hand gegeben – zusammen mit einem Team bei Gericht, das unparteiisch alle Rechtsmittel ausschöpft, um beiden Parteien gerecht zu werden.

In seiner meist schwierigen Lage ist der Betroffene darauf angewiesen, den Instanzen so weit wie möglich zu vertrauen. Dieses Vertrauen rechtfertigen die Gerichte bei allen Klagen im Einzelnen. Im Gegensatz zu uns Deutschen, in deren Wahrnehmung beim Wort „Insolvenz“ das unternehmerische Scheitern im Vordergrund steht, wird in anderen Kulturkreisen die Möglichkeit der Unternehmenssanierung als wertvolles Instrument zur Ermöglichung eines „Neuanfangs“ wahrgenommen.

Neben diesen kulturellen Barrieren sind aber auch hierzulande die Chancen und Ausgestaltungsmöglichkeiten einer gerichtlichen Sanierung nach wie vor nicht hinreichend bekannt.

Die Verfasser tragen diesen Umständen Rechnung, indem sie die Optionen, die die Gerichtliche Sanierung hinsichtlich eines „Neuanfangs“ bietet, eingehend beleuchten – und damit einen umfassenden Einblick in das Instrument der gerichtlichen Sanierung geben.

Zu jedem Themenschwerpunkt treten zwei führende Experten gemeinsam an, um ihre Expertisen jeweils in wirtschaftlichen und rechtlichen Aspekten einzubringen.

Ob zu den Themen „Verfahrensansätze“, „Sanierungsoptionen“, „Beteiligte und ihre Rolle im Verfahren“, „Gläubigerrechte“, „Unternehmensfinanzierung“, „Internationale Alternativen“ oder „Steuerrechtliche Implikationen“ – eine ähnliche Aufarbeitung dieser aktuellen und zugleich spannenden Thematik gibt es aktuell nicht auf dem deutschen Buchmarkt.

Der präventive Restrukturierungsrahmen und die erst kürzlich in Kraft getretene Neufassung der Europäischen Insolvenzverordnung (EuInsVO) sorgen dafür, dass der Umfang im Nachfolgewerk sicher noch zunehmen wird. Der vorliegende Band soll zunächst eine Grundlage zur Auseinandersetzung mit einem sich ständig bewegenden Thema schaffen.

Insbesondere sind wir der Ansicht, dass eine Aufarbeitung in Deutschland auch in Zukunft nicht ohne die Gerichte möglich sein wird – wie sehr der Europäische Gesetzgeber die Bedeutung der Gerichte in der Restrukturierung auch zurückdrängen will.

Berlin/München, im Oktober 2017

Prof. Dr. Christoph G. Paulus
Dr. Thomas C. Knecht

Autorenverzeichnis

Dr. Volker Beissenhirtz ist als Rechtsanwalt in Berlin und Partner der CIC Consulting-partner GmbH vorwiegend im Bereich der (internationalen) gerichtlichen und außergerichtlichen Unternehmenssanierung und Krisenprophylaxe tätig. Die von ihm bislang betreuten Verfahren umfassten unter anderem Chapter 11- und scheme of arrangement-Verfahren über weltweit agierende Unternehmen. Er ist Fellow und aktuell Vorstandsmitglied der European Association of Turnaround Professionals (EACTP). Daneben ist Dr. Beissenhirtz Lehrbeauftragter der Hochschule Landshut und publiziert und referiert regelmäßig zu Themen aus den Bereichen Restrukturierung, Sanierung & Insolvenz.

Dr. Rainer Eckert, Rechtsanwalt und Insolvenzverwalter, ist Fachanwalt für Insolvenz- und Steuerrecht. Er ist 1963 in Hannover geboren und Seniorpartner der überregionalen Kanzlei Eckert Rechtsanwälte, mit 14 Standorten in Deutschland. Er studierte von 1983 bis 1989 Rechtswissenschaften an den Universitäten Hannover und Göttingen. Erstes jur. Staatsexamen 1989, zweites jur. Staatsexamen sowie Zulassung als Rechtsanwalt 1992. 2003 Dissertation zu insolvenzrechtlichem Thema. Seit 1992 ist er als selbstständiger Rechtsanwalt tätig und gründete die Kanzlei Eckert Rechtsanwälte.

Dipl.-Kfm. Arndt Geiwitz ist Geschäftsführender Gesellschafter bei SGP Schneider Geiwitz. Der Kanzleiverbund verfügt bundesweit über 17 Standorte und beschäftigt 290 Mitarbeiter. Arndt Geiwitz studierte an der Universität Passau, er ist Wirtschaftsprüfer und Steuerberater. Seine beruflichen Schwerpunkte legte er auf Restrukturierung, Insolvenzverwaltung, Sanierung und die Begleitung von M&A Prozessen. Er berät mittelständische und teilweise börsennotierte Unternehmen in den Bereichen Risikomanagement, Unternehmensorganisation, Unternehmensstrategie und Nachfolgeregelung. Seit 2000 wird er als Insolvenzverwalter und seit 2012 als Sachwalter bestellt. Arndt Geiwitz ist unter anderem Mitglied im Gravenbrucher Kreis und im VII.

Katharina Gerdes ist Rechtsanwältin und Partnerin der Kanzlei BRL Boege Rohde Luebbehusen Partnerschaft von Rechtsanwälten, Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern mbB. Ihr Beratungsschwerpunkt liegt in den Bereichen Restrukturierung- und Sanierung sowie Distressed M&A (Unternehmenskäufe- und verkäufe in Krise und Insolvenz). Sie ist Mitgründerin und Vorstandsvorsitzende des Distressed Ladies – Women in Restructuring e. V.

Rechtsanwalt **Dr. Christian Gerloff** ist namensgebender Partner der Kanzlei Gerloff Liebler Rechtsanwälte, München. Er beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Betriebsfortführungen im Rahmen gerichtlicher Insolvenzverfahren und ist ausgewiesener Restrukturierungsexperte. Als solcher übernimmt er auch Organstellungen in Eigenverwaltungsverfahren und ist zudem umfangreich in der Sanierungsberatung tätig. Daneben ist er Autor einer Reihe von juristischen Fachbeiträgen und gefragter Referent zu verschiedensten Fachtagungen.

Michael Hermanns ist Inhaber und Partner der Buth & Hermanns Partnerschaft mbB WPG/StBG und verfügt über langjährige, ganzheitlich tiefgehende Expertise in den Bereichen Restrukturierung und Sanierung von Unternehmen. Dies umfasst betriebswirtschaftliche Aufgabenstellungen wie z. B. Sanierungskonzepte nach IDW S 6, aber auch steuerlich sich hieraus ergebende Problemfelder. Financial und Tax Due Diligence Gutachten und steuerliche Transaktionsgestaltung (M&A), insbesondere im Bereich Distressed,

Autorenverzeichnis

gehören ebenso zu seinen Tätigkeitsgebieten wie Jahresabschlussprüfungen mittelständischer und großer Unternehmen. Michael Hermanns ist Herausgeber des Handbuchs Restrukturierung Sanierung Insolvenz. Darüber hinaus ist er Autor einer Vielzahl von Fachartikeln zu verschiedenen Themen. Seit 2009 ist er Mitglied im Fachausschuss Sanierung und Insolvenz beim IDW e. V.

Dr. Thomas Knecht hat sich als CRO/CEO auf die Restrukturierung und Neuausrichtung von etablierten Industrieunternehmen fokussiert. Derzeit ist er Vorsitzender des Vorstands der Hellmann Worldwide Logistics SE & Co. KG, Osnabrück. Das weltweit aktive Familienunternehmen (ca. 15.000 Mitarbeiter in 56 Ländern) führt er im Rahmen des Generationswechsels durch ein ganzheitliches Wertsteigerungsprogramm. Zuvor war er lange Jahre als Senior-Partner für den Geschäftsbereich Restructuring & Corporate Finance der Unternehmensberatung Roland Berger mit verantwortlich. Seine Tätigkeitsschwerpunkte lagen in den Bereichen gerichtliche/außergerichtliche Unternehmensrestrukturierung/-sanierung und Beteiligungsmanagement. In zahlreichen Mandaten hat er (Familien-)Unternehmer, Kapitalgesellschaften und Finanzinvestoren in der Konzeption und Umsetzung von Wertsteigerungs- und Sanierungsfragen beraten, sowie diese in nationalen und internationalen (M&A-)Transaktionen begleitet. Er studierte Wirtschafts- und Rechtswissenschaften an der LMU München, der EBS sowie an der Wharton School (Philadelphia). Herr Dr. Knecht ist Autor zahlreicher Publikationen in seinen Tätigkeitsschwerpunkten.

Helmut König war seit 1999 Partner bei großen mittelständischen und internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. Seit dem Jahr 2010 ist er als Partner bei der Beiten Burkhardt Rechtsanwaltsgesellschaft mbH und bei der BBWP GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft tätig. Er berät seine Mandanten, die den Bereich von mittelständischen Unternehmen bis hin zu internationalen Unternehmensgruppen, aber auch Körperschaften des öffentlichen Rechts und deren unternehmerische Aktivitäten und Beteiligungen umfassen, mit den Schwerpunkten der steuerorientierten Begleitung und Optimierung von M&A-Transaktionen, Restrukturierungen und Sanierungen. Helmut König ist seit 1995 Mitglied des Arbeitskreises Umsatzsteuer beim Institut der Wirtschaftsprüfer.

Dr. Jörn Kowalewski ist Partner der deutschen Praxisgruppe Restrukturierung und Insolvenz bei Latham & Watkins. Seine Beratungsschwerpunkte bilden Restrukturierungen von Unternehmen – innerhalb und außerhalb von Insolvenzverfahren – sowie Erwerbe von Unternehmen und notleidenden Krediten. Dr. Kowalewski berät Investoren, Gläubiger, Gläubigergruppen und Steering Committees sowie betroffene Unternehmen in Bezug auf außergerichtliche (finanzielle und operative) Restrukturierungen, den Erwerb von sich in der Krise befindlichen Unternehmen und Unternehmensgruppen, die Vertretung in Insolvenzverfahren sowie in der Verhandlung und Umsetzung von Insolvenzplänen. Vor seinem Wechsel zu Latham & Watkins führte Dr. Kowalewski ein mittelständisches internationales Handelsunternehmen. Er ist u. a. Mitglied der Gesellschaft für Restrukturierung TMA Deutschland e. V., der Arbeitsgruppe Insolvenzrecht & Sanierung des DAV und des Vereins der Freunde des Hamburger Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht.

Prof. Dr. Stephan Madaus ist Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Zivilprozess- und Insolvenzrecht an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Er ist Mitherausgeber der NZI und Autor zahlreicher Veröffentlichungen mit Schwerpunkt im Recht des Insolvenzplans und der Unternehmenssanierung. Zuletzt leitete er gemeinsam mit Prof. Bob Wessels (Leiden University) das Forschungsprojekt des European Law Institute „Business Rescue in Insolvency“. Er ist Mitglied der Bietergemeinschaft, die den Zuschlag für das Forschungsvorhaben „ESUG Evaluierung“ erhalten hat.

Christoph G. Paulus ist seit 1994 ordentlicher Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin und hält dort den Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Zivilprozess- und Insolvenzrecht sowie Römisches Recht. Davor hat er gelehrt u. a. an den Universitäten in Heidelberg, Augsburg und Saarbrücken. Er hat Rechtswissenschaften an der Ludwig Maximilians-Universität in München studiert und seinen LL.M. an der University of California in Berkeley erworben. Als Experte insbesondere des Insolvenzrechts hat Paulus mehrfach als Consultant des IWF und der Weltbank gearbeitet. Er war überdies von 2006 bis 2011 beratendes Mitglied der deutschen Delegation bei den Insolvenzrechtsverhandlungen von UNCITRAL. Er hat weltweit Vorträge gehalten und war an mehreren Universitäten als Gastprofessor eingeladen. Darüber hinaus ist er Mitglied verschiedener internationaler Institutionen wie etwa des American College of Bankruptcy, des International Insolvency Institute oder der Europäischen Akademie für Wissenschaften und Künste. Er hat seit mehr als 15 Jahren in dem Bereich der Staatsinsolvenzen gearbeitet und publiziert.

Angelika Wimmer-Amend, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Insolvenzrecht, ist Inhaberin der Kanzlei amend rechtsanwälte und hat seit 1991 über 1000 Konkurs- und Insolvenzverfahren betreut. Die Schwerpunkte ihrer Tätigkeit liegen im Insolvenzrecht und der Sanierungsberatung, insbesondere der Fortführung und Sanierung von Unternehmen im Insolvenzverfahren. Sie ist Autorin im Frankfurter Kommentar zur Insolvenzordnung „Konkursrecht in der anwaltlichen Praxis“, erschienen im Deutschen Anwalt-Verlag, „Insolvenzrecht in der anwaltlichen Praxis“, erschienen im Deutschen Anwalt-Verlag, „Insolvenzpraxis“, erschienen im Deutschen Anwalt-Verlag und Mitherausgeberin des Fachbuches „AnwaltFormulare“, 8. Aufl., erschienen im Deutschen Anwalt-Verlag. Darüber hinaus hält sie laufend Vorträge bzw. Fortbildungsveranstaltungen im Insolvenzrecht. Sie ist seit 1999 Mitglied im Verband Insolvenzverwalter Deutschland e. V. (davon lange Jahre im Vorstand), Arbeitskreis für Insolvenzrecht im Deutschen Anwaltverein und INSOL Europe.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Autorenverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
§ 1 Verfahrensansätze zur Sanierung von Unternehmen	1
§ 2 Sanierungsoptionen im Insolvenzrecht	83
§ 3 Die Beteiligten und ihre Rolle in der Sanierung im Insolvenzverfahren	175
A. Qualitätskriterien in der Insolvenzverwaltung	183
B. Das Amt des Insolvenzverwalters	186
C. Der vorläufige Insolvenzverwalter	195
D. Eigenverwaltung im vorläufigen Insolvenzverfahren	202
E. Der Insolvenzverwalter im eröffneten Verfahren	211
F. Eigenverwaltung im eröffneten Verfahren	235
G. Organe des Insolvenzverfahrens	247
H. Gläubiger	268
I. Arbeitnehmer	319
J. Die Vergütung im Insolvenzverfahren	337
K. Auskunft- und Mitwirkungspflichten des Schuldners in den verschiedenen Verfahrensarten	342
§ 4 Gläubigerrechte im Insolvenzverfahren	346
A. Gläubigerrechte im Insolvenzverfahren	348
B. Mitwirkungsrechte der Gläubiger am Insolvenzverfahren	369
C. Fazit	404
§ 5 Unternehmensfinanzierung im Rahmen der gerichtlichen Sanierung	406
§ 6 Internationale Alternativen	428
A. Einleitung zu internationalen Alternativen	430
B. Die Europäische Insolvenzverordnung (EuInsVO) und ihre Anwendung	436
C. Deutsches Internationales Insolvenzrecht	447
D. Insolvenz- und Sanierungsrecht ausgewählter Staaten	459
E. Schlussbetrachtungen	498
§ 7 Steuerliche Implikationen eines gerichtlichen Sanierungsverfahrens	501
Sachverzeichnis	559

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Autorenverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
§ 1 Verfahrensansätze zur Sanierung von Unternehmen	1
I. Einleitung	5
II. Unternehmen in der Krise – Sanierungsfähigkeit als Kriterium für die Entscheidung zwischen Fortführung und Liquidation	6
1. Merkmale, Phasen und Ursachen von Unternehmenskrisen	6
2. Steigende Anforderungen an das Risikomanagement der Banken	10
a) Basel III:	10
b) § 18 KWG:	11
c) MaRisk:	11
3. Kreditwürdigkeitsprüfung und Rating	12
4. Banken und die Finanzierung von Krisenunternehmen	13
5. Sanierungsfähigkeit als wesentliches Kriterium für die Entscheidung zwischen Fortführung und Zerschlagung eines Krisenunternehmens	14
III. Verfahren der Unternehmenssanierung in Deutschland – Überblick und Grundlagen	19
1. Vorbemerkung: Prinzipien des Insolvenzrechts	20
2. Gerichtliche Sanierung	21
a) Eröffnung des gerichtlichen Verfahrens:	21
b) Zahlungsunfähigkeit:	22
c) Drohende Zahlungsunfähigkeit:	24
d) Überschuldung:	25
e) Konsequenzen aus verfrühter bzw. verspäteter Insolvenzantragstellung: ..	27
f) Ablauf des Insolvenzverfahrens und Verwertungsoptionen	29
3. Außergerichtliche Sanierung	30
a) Rahmenbedingungen der außergerichtlichen („freien“) Sanierung:	30
b) Insolvenzplanverfahren als „Privatisierung der Insolvenzabwicklung“: ..	32
c) Instrumente der außergerichtlichen Sanierung	33
aa) Sanierung nach deutschem Schuldverschreibungsgesetz:	33
bb) Restrukturierungstreuhand:	34
cc) Außergerichtliche Sanierung im „Wettbewerb der Insolvenzrechte“:	36
4. ESUG als „hybrider“ Verfahrensansatz	37
IV. Außergerichtliche Sanierung: Sanierungskonzept als etablierter Fokus des Verfahrens	38
1. Allgemeine Anforderungen an Sanierungskonzepte	38
2. Rechtliche Anforderungen an Sanierungskonzepte	39
a) Gesetz und Rechtsprechung:	39
b) KWG und Bafin/MaRisk:	40
3. Betriebswirtschaftliche Anforderungen an Restrukturierungskonzepte	41
a) Grundsätze des IDW:	41
aa) Grundsatz der Vollständigkeit:	42
bb) Grundsatz der Wesentlichkeit:	42
cc) Grundsatz der Richtigkeit:	42
dd) Grundsätze der Klarheit und Übersichtlichkeit:	42
b) Leitfaden der Treuhandanstalt (THA):	43
4. IDW S 6 und BGH-Rechtsprechung	44
a) Bestandsaufnahme – Transparenz herstellen:	47
b) Grobkonzept mit strategischen, operativen und finanziellen Elementen: ..	48
c) Detaillierung und Umsetzung des Sanierungskonzepts:	49

Inhaltsverzeichnis

5. Wesentliche Inhalte von Sanierungskonzepten	49
a) Beschreibung des Unternehmens:	49
b) Analyse des Unternehmens	49
c) Leitbild (Vision) des sanierten Unternehmens	50
aa) Strategisches Leitbild:	51
bb) Operatives Leitbild:	51
cc) Finanzielles Leitbild:	51
dd) Ressourcenausstattung:	52
d) Maßnahmen zur Sanierung des Unternehmens	53
aa) Strategische Neuausrichtung:	53
bb) Operative Restrukturierung:	55
cc) Finanzielle Restrukturierung:	55
e) Finanzplanung im Sanierungskonzept:	56
6. Fortführungsentscheidung und Stakeholder-Interesse	58
V. ESUG als hybrider Verfahrensansatz: außergerichtlicher Start der Sanierung, Fortsetzung unter gerichtlicher Aufsicht	59
1. Hintergrund: Nach der Reform war vor der Reform	59
2. Wesentliche Inhalte des ESUG	60
a) Ausweitung des Gläubigereinflusses (§§ 21, 22a InsO):	61
b) Insolvenzplanverfahren (§§ 217, 225a InsO) und Stärkung der Eigenverwaltung (§ 270a InsO):	61
c) Eigenverwaltung:	63
3. Schutzschirmverfahren (§§ 270b ff. InsO)	63
a) Voraussetzungen für die Anordnung des Schutzschirmverfahrens:	64
aa) Bescheinigung:	64
bb) Anforderungen an die Person des Ausstellers der Bescheinigung:	65
b) Beschluss des Gerichts gemäß § 270b Abs. 1 InsO und Rechtsfolgen:	65
aa) Vorläufiger Sachwalter:	66
bb) Anordnung vorläufiger Maßnahmen gemäß § 21 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 Nr. 1a, 3–5 InsO:	66
c) Beendigung des Schutzschirmverfahrens:	67
4. ESUG – Zwischenbilanz und Ausblick	68
VI. Optionen der gerichtlichen Sanierung mit Fokus auf das Insolvenzplanverfahren	69
1. Überblick über die Verwertungsoptionen im Insolvenzverfahren	69
a) Liquidation:	69
b) Übertragende Sanierung:	70
2. Das Insolvenzplanverfahren	71
a) Planerstellung:	72
b) Der darstellende Teil:	73
c) Der gestaltende Teil:	74
d) Abstimmung:	75
aa) Konsultation und vorgegerichtliche Prüfung:	75
bb) Annahme durch die Gläubiger:	76
cc) Bestätigung durch das Insolvenzgericht:	76
dd) Wirkung der Planbestätigung:	77
3. Die Eigenverwaltung	77
a) Überblick:	77
b) Verfahrensanforderungen in der Eigenverwaltung:	78
c) Umsetzung:	79
d) Mehrwert:	80
VII. Sanierungsverfahren im Ausland	81
VIII. Fazit, Ausblick und Trends	81
§ 2 Sanierungsoptionen im Insolvenzrecht	83
I. Einleitung	86
II. Sanierungsoptionen in der unvorbereiteten Insolvenz	86
1. Antragstellung	86
a) Antragsberechtigung:	87
b) Formalien:	87

Inhaltsverzeichnis

c) Besonderheiten beim Eigenantrag des Schuldners:	88
d) Besonderheiten beim Gläubigerantrag:	89
e) Folgen eines zulässigen Insolvenzantrags:	92
f) Rechtsschutz gegen die Antragstellung:	92
g) Rücknahme des Insolvenzantrags:	94
h) Die Erfüllung der Gläubigerforderung als Reaktion auf einen Gläubigerantrag:	94
i) Schadenersatz bei unberechtigten Gläubigeranträgen:	96
j) Zusammenfassung – insbesondere Strategien gegen eine sanierungsgefährdende Antragstellung:	96
2. Sanierung unter Eigenverwaltung	97
a) Notwendigkeit der Eigenverwaltung:	97
b) Handlungsmacht des eigenverwaltenden Schuldners:	99
c) Der erfolgreiche Antrag auf Eigenverwaltung:	101
3. Gestaltungsoptionen in der Insolvenz	102
a) Liquidität als Grundbedingung:	102
b) (Teil-)Stillelegung oder Unternehmensfortführung:	103
c) Sanierungsmaßnahmen im Insolvenzverfahren:	104
aa) Reorganisation des Rechtsträgers oder Unternehmensveräußerung:	104
bb) Eigentümerwechsel oder Eigentümerbindung:	105
cc) Schuldenschnitt:	105
4. Die übertragende Sanierung in der Insolvenz	106
a) Reichweite der Entschuldungswirkung:	106
aa) Keine Rechtsnachfolge durch Vermögensübernahme oder Firmenfortführung:	107
bb) Keine Belastung durch Steuerschulden:	107
cc) Keine Haftung für europarechtswidrige Beihilfen:	107
dd) Übernahme der Arbeitsverhältnisse:	107
ee) Haftung für die Altlastenbeseitigung:	108
b) Der Ablauf des Asset-Deals:	108
aa) Das Finden und Kontaktieren von Erwerbsinteressenten:	108
bb) Der Verhandlungsprozess:	108
cc) Signing/Closing:	109
c) Ausweg Auffanggesellschaft:	109
d) Besonderheiten des Asset-Deals in der Insolvenz:	110
aa) Kein Vetorecht des Schuldners:	111
bb) Das Entscheidungsprimat des Gläubigerausschusses:	111
cc) Die Notwendigkeit einer Zustimmung der Gläubigerversammlung:	112
dd) Die Veräußerung des Unternehmens vor dem Berichtstermin:	113
e) Zusammenfassung – Erfolgsfaktoren einer übertragenden Sanierung:	114
f) Erfolgsbeispiele:	115
aa) Walter Bau AG:	115
bb) Kögel Fahrzeugwerke GmbH:	115
cc) manroland AG:	115
5. Sanierung mittels Insolvenzplans	115
a) Die Regelungsmacht des Insolvenzplans:	116
aa) Die Forderungsrechte der Insolvenzgläubiger:	116
bb) Die Forderungsrechte von Anleihegläubigern nach dem SchVG:	117
cc) Die Anteils- und Mitgliedschaftsrechte der am Schuldner beteiligten Personen:	118
dd) Das (neue) Verhältnis von Insolvenz und Gesellschaftsrecht:	119
b) Mögliche Planinhalte:	121
aa) Der Liquidationsplan:	122
bb) Der reine Schuldenschnitt („Der klassische Reorganisationsplan“):	122
cc) Reorganisation mit Eingriff in die Eigentümerstruktur („Übertragungsplan“):	123
dd) Der verfahrensbegleitende Insolvenzplan:	133

Inhaltsverzeichnis

c) Die Planvorlage:	134
aa) Das Vorlagerecht des Schuldners:	134
bb) Das Vorlagerecht des Insolvenzverwalters:	135
cc) Konkurrierende Insolvenzpläne:	136
d) Anforderungen an den Planinhalt:	136
aa) Darstellender Teil:	137
bb) Gestaltender Teil:	137
cc) Plananlagen:	140
e) Das Planverfahren:	141
aa) Gerichtliche Vorprüfung:	141
bb) Stellungnahme der Beteiligten und deren Niederlegung zur Einsicht:	141
cc) Aussetzung der Verwertung und Verteilung:	142
dd) Erörterungs- und Abstimmungstermin:	142
ee) Die Annahme des Insolvenzplans:	144
ff) Annahme des Insolvenzplans gegen den Widerstand einzelner Gruppen – Obstruktionsverbote:	145
gg) Gerichtliche Planbestätigung:	152
hh) Rechtsmittel und Freigabe:	152
ii) Planwirkungen und Planüberwachung:	155
jj) Planwirkungen bei unbekanntem Gläubigern und Massenschäden:	157
III. Sanierungsoptionen in der vorbereiteten Insolvenz (pre-packaged insolvency)	158
1. Die geplante übertragende Sanierung	159
a) Ausgangssituation:	159
b) Sicherung der Kontrolle über den Entscheidungsträger:	160
aa) Einsetzung des Gläubigerausschusses:	160
bb) Besetzung des Gläubigerausschusses:	160
cc) Sonderfall Übernahmegesellschaft:	160
dd) Risikofaktor Gläubigerwechsel:	161
c) Sicherung der Kooperation des Masseverwalters:	162
aa) Eigenverwaltung:	162
bb) Die Auswahl des Insolvenzverwalters:	162
d) Veräußerungszeitpunkt und Verfahrensergebnis:	163
2. Die vorbereitete Plansanierung	164
a) Ausgangssituation:	164
b) Der Zeitfaktor:	164
c) Die Absicherung gegen Störfaktoren:	165
aa) Eigenverwaltung:	165
bb) Auswahl des Sachwalters/Insolvenzverwalters:	166
cc) Störfaktor Gläubigerwechsel:	167
3. Das Schutzschirmverfahren nach § 270b InsO	168
a) Anwendungsbereich:	168
b) Voraussetzungen:	169
c) Anordnungen des Insolvenzgerichts:	171
d) Ergebnis des Schutzschirmverfahrens:	172
aa) Das anschließende Planverfahren:	172
bb) Das ergebnislose Schutzschirmverfahren:	172
cc) Das gescheiterte Schutzschirmverfahren:	172
IV. Erfolgsfaktoren zur Rückgewinnung einer wettbewerbsfähigen Rechtsstellung	173
§ 3 Die Beteiligten und ihre Rolle in der Sanierung im Insolvenzverfahren	175
A. Qualitätskriterien in der Insolvenzverwaltung	183
I. Einleitung	183
II. Die Entwicklung des Insolvenzverwalteramtes zum eigenständigen Beruf	184
III. Außergesetzliche Qualitätskriterien	185
IV. Veränderungen durch das ESUG	186
B. Das Amt des Insolvenzverwalters	186
I. Allgemeine Anforderungen	186
II. Einzelfallentscheidung	186

Inhaltsverzeichnis

III. Geschäftskunde	186
IV. Unabhängigkeit	187
1. Einfluss von Ständerecht	188
2. Einfluss ESUG	188
a) § 56 Abs. 1 S. 3 Nr. 1 InsO:	188
b) § 56 Abs. 1 S. 3 Nr. 2 InsO:	189
c) Vorbereitung eines pre-packaged Planes:	189
3. Ständige Rechtsberatung von Großgläubigern	190
4. Unabhängigkeit in den Berufsgrundsätzen des VID	190
V. Gläubigerbeteiligung bei der Verwalterbestellung, § 56a InsO Auswahl des Insolvenzverwalters	191
VI. Vertretung des Insolvenzverwalters und Höchstpersönlichkeit	192
VII. Beendigung des Amtes	193
1. Abwahl des Verwalters durch den vorläufigen Gläubigerausschuss (§ 56a InsO) und die Gläubigerversammlung (§ 57 InsO)	193
2. Entlassung des Verwalters	194
3. Beendigung des Amtes bei Verfahrensbeendigung	195
C. Der vorläufige Insolvenzverwalter	195
I. Allgemeines	195
II. Der vorläufige starke Insolvenzverwalter	195
1. Sicherungs- und Erhaltungspflicht	195
a) Allgemeines:	195
b) Inventarisierung:	196
2. Verwertung von Anlage- und Umlaufvermögen	196
3. Betriebsfortführung	196
a) Allgemeines:	196
b) Planung der Liquidität:	197
c) Information der Belegschaft:	198
d) Begründung von Masseschulden:	198
e) Personalmaßnahmen:	198
f) Rechnungslegung:	199
III. Der schwache vorläufige Insolvenzverwalter	199
1. Sicherung und Erhaltung	199
2. Betriebsfortführung und weitere Pflichten	200
IV. Der halbstarke vorläufige Insolvenzverwalter mit Zustimmungsvorbehalt	200
1. Allgemeines	200
2. Sicherung und Erhaltung	200
3. Betriebsfortführung und Finanzierung	201
D. Eigenverwaltung im vorläufigen Insolvenzverfahren	202
I. Allgemeines	202
II. Stellung des Schuldners im Eröffnungsverfahren	202
III. Das Amt des Sachwalters	204
1. Bestellung und Auswahl des Sachwalters	204
a) Allgemeine Anforderungen:	204
b) Einzelfallprüfung:	204
c) Unabhängigkeit den Gläubigern gegenüber:	205
d) Gläubigerbeteiligung bei der Auswahl des Sachwalters, §§ 270a Abs. 1 S. 2, 274, 56a InsO:	206
e) Keine öffentliche Bekanntmachung der Bestellung eines Sachwalters:	206
2. Rechtstellung und Aufgaben des Sachwalters	207
a) Überwachung der Geschäftsführung:	207
b) Mitwirkung bei der Eingehung von Verbindlichkeiten:	207
c) Kassenführung durch den vorläufigen Sachwalter, §§ 270a, 275 Abs. 2 InsO:	208
IV. Das Amt des Sachwalters im Schutzschirmverfahren	209
1. Keine Personenidentität mit dem Aussteller der Bescheinigung nach § 270b Abs. 1 InsO	209
2. Offensichtlich nicht zur Übernahme des Amtes geeignet	209
V. Begründung von Masseverbindlichkeiten in vorläufigen Verfahren	210

Inhaltsverzeichnis

E. Der Insolvenzverwalter im eröffneten Verfahren	211
I. Allgemeines	211
II. Übergang der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	212
III. Maßnahmen zur Sicherung und Inbesitznahme der Insolvenzmasse	213
1. Sofortige Sicherungsmaßnahmen bei der Inbesitznahme	213
2. Information der Banken	214
3. Versicherungen	214
4. Information der Belegschaft	214
IV. Erstellung der Verzeichnisse für den Berichtstermin	214
1. Aufzeichnung der Massegegenstände, § 151 InsO	215
2. Gläubigerverzeichnis, § 152 InsO	215
3. Vermögensübersicht, § 153 InsO	215
V. Berichtspflicht	216
VI. Buchführung und Rechnungslegung	216
1. Handelsrechtliche Rechnungslegung	217
2. Insolvenzrechtliche Rechnungslegung	218
VII. Pflicht zur Abgabe von Steuererklärungen	219
VIII. Die Bedeutung des Wahlrechts des Insolvenzverwalters nach § 103 InsO	221
1. Zweck des § 103 InsO	221
2. Wesentliche dogmatische Grundlagen der Vorschrift	221
3. Voraussetzungen für die Anwendbarkeit der Norm	221
a) Hilfsmittel für den endgültigen Insolvenzverwalter:	221
b) Besonderheiten bei der Eigenverwaltung:	222
c) Erfasste Vertragstypen:	222
d) Nicht vollständig erfüllte Verträge:	222
e) Verträge des vorläufigen Insolvenzverwalters:	222
f) Die Wirkung der Erfüllungswahl:	223
g) Die Erfüllungsablehnung:	223
h) Teilbare Leistungen, § 105 InsO:	224
IX. Laufende Rechtstreitigkeiten	224
1. Prozessführungsbefugnis	224
2. Aufnahme der unterbrochenen Verfahren durch den Insolvenzverwalter	225
a) Aufnahme von Aktivprozessen:	225
b) Aufnahme von Passivprozessen:	225
X. Verwertung der Insolvenzmasse	226
1. Allgemeines	226
2. Betriebsfortführung bis zur Verwertung:	226
3. Insolvenzplan	227
4. Übertragende Sanierung	227
5. Verwertung einzelner Massegegenstände	227
6. Besonders bedeutsame Rechtshandlungen	228
7. Veräußerung unter Wert	228
8. Zwangsverwaltung, Zwangsversteigerung oder freihändiger Verkauf unbeweglicher Gegenstände	229
9. Freigabe von Vermögensgegenständen	229
10. Verwertung von Absonderungsrechten	230
XI. Tabelle und Forderungsprüfung	230
1. Erstellung der Insolvenztabelle	231
2. Prüfungstermin und Forderungsprüfung	231
XII. Verteilung der Insolvenzmasse	232
1. Abschlagsverteilung	232
2. Schlussverteilung	233
3. Nachtragsverteilung	234
F. Eigenverwaltung im eröffneten Verfahren	235
I. Der Schuldner und seine Organe	235
1. Allgemeines	235
2. Rechte und Pflichten des Schuldners	236
a) Vermögenssicherungspflichten	236

Inhaltsverzeichnis

b) Betriebsfortführung	236
aa) Zusammenarbeit mit dem Sachverwalter:	236
bb) Voraussetzungen für eine Betriebsfortführung:	237
cc) Begründung von Verbindlichkeiten:	237
dd) Eingehung von besonders bedeutsamen Rechtshandlungen, § 276 InsO:	237
ee) Anordnung eines Zustimmungsvorbehalts für Rechtshandlungen, § 277 InsO:	238
ff) Finanzierung der Betriebsfortführung:	238
gg) Erstellung eines Insolvenzplanes, § 284 InsO:	238
3. Erstellung der Verzeichnisse für den Berichtstermin	238
a) Aufzeichnung der Massegegenstände, § 151 InsO:	239
b) Gläubigerverzeichnis, § 152 InsO:	239
c) Vermögensübersicht, § 153 InsO:	239
d) Berichtspflicht, § 156 InsO:	239
4. Buchführung und Rechnungslegung	240
5. Ausübung der Gestaltungsrechte	240
a) Ausübung des Wahlrechtes bei gegenseitigen nicht erfüllten Verträgen, § 103 ff. InsO:	240
b) Kündigung von Miet- und Pachtverhältnissen, § 109 InsO:	240
c) Kündigung von Dienst- und Arbeitsverhältnissen, § 113 InsO:	240
d) Interessenausgleich und Sozialplan:	241
e) Kündigung von Betriebsvereinbarungen, § 120 InsO:	241
f) Gerichtliche Zustimmung zu einer Betriebsänderung, § 122 InsO:	241
g) Beschlussverfahren zum Kündigungsschutz, § 126 InsO:	241
6. Laufende Rechtsstreitigkeiten	241
7. Verwertung von Absonderungsrechten	241
8. Verteilung der Masse	242
II. Aufgaben und Befugnisse des Sachwalters	242
1. Überwachung der Geschäftsführung, § 274 Abs. 2 InsO	242
2. Mitwirkung bei der Eingehung von Verbindlichkeiten, § 275 Abs. 1 InsO	243
3. Kassenführung durch den Sachwalter, § 275 Abs. 2 InsO	244
4. Anordnung eines Zustimmungsvorbehalts für Rechtshandlungen, § 277 InsO	244
5. Mitwirkung bei der Abberufung und Neubestellung der Organe des Schuldners, § 276a InsO	245
6. Zustimmung bei der Ausübung der Gestaltungsrechte	245
a) Ausübung des Wahlrechtes bei gegenseitigen nicht erfüllten Verträgen, § 103 ff. InsO:	245
b) Kündigung von Miet- und Pachtverhältnissen, § 109 InsO:	246
c) Kündigung von Dienst- und Arbeitsverhältnissen, § 113 InsO:	246
d) Interessenausgleich und Sozialplan:	246
e) Kündigung von Betriebsvereinbarungen, § 120 InsO:	246
f) Gerichtliche Zustimmung zu einer Betriebsänderung, § 122 InsO:	246
g) Beschlussverfahren zum Kündigungsschutz, § 126 InsO:	246
7. Insolvenztabelle	246
8. Erstellung eines Insolvenzplanes, § 284 InsO	247
9. Überwachung des Insolvenzplanes	247
G. Organe des Insolvenzverfahrens	247
I. Insolvenzgericht	247
1. Sachliche, örtliche und internationale Zuständigkeit des Insolvenzgerichts	248
2. Funktionale Zuständigkeit im Insolvenzgericht	249
a) Zuständigkeiten des Insolvenzrichters:	249
b) Zuständigkeit des Insolvenzrechtspflegers:	249
3. Die Haftung des Insolvenzgerichts	249
II. Gläubigerversammlung	250
1. Grundsatz der Gläubigerautonomie	250
2. Teilnahmeberechtigung	251

Inhaltsverzeichnis

3. Aufgaben und Befugnisse der Gläubigerversammlung	251
4. Einberufung und Ablauf der Gläubigerversammlung	252
a) Leitung der Gläubigerversammlung:	253
b) Beschlussfähigkeit der Gläubigerversammlung und Beschlussmehrheiten:	253
c) Stimmrechtshöhe und Stimmrechtsfestsetzung:	254
5. Aufhebung von Beschlüssen der Gläubigerversammlung	255
III. Gläubigerausschuss	255
1. Arten von Gläubigerausschüssen und ihre Besetzung	256
a) Der vorläufige Gläubigerausschuss im Eröffnungsverfahren:	256
aa) Der Pflichtausschuss:	256
bb) Fakultativer Gläubigerausschuss:	257
cc) Gerichtlicher vorläufiger Gläubigerausschuss:	257
dd) Ausschlussgründe gegen eine Gläubigerausschusseinsetzung:	257
ee) Zusammenspiel zwischen Beratern, Gläubigern und Insolvenzgericht:	258
b) Gläubigerausschüsse nach Insolvenzeröffnung:	260
aa) Der gerichtlich eingesetzte Interims-Ausschuss:	260
bb) Der endgültige Gläubigerausschuss:	261
2. Aufgaben des Gläubigerausschusses	262
a) Allgemeine Unterstützungs- und Überwachungspflicht:	262
b) Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte:	262
c) Stellungnahme- und Anhörungsrechte:	263
d) Antragsrechte des Gläubigerausschusses:	264
e) Besondere Rechte des Gläubigerausschusses im vorläufigen Insolvenzverfahren:	264
3. Rechtsstellung der Gläubigerausschussmitglieder	264
4. Organisation und Verfahren des Gläubigerausschusses	265
5. Die Haftung der Ausschussmitglieder	266
6. Vergütung der Gläubigerausschussmitglieder	267
H. Gläubiger	268
I. Insolvenzgläubiger	268
1. Persönliche Haftung des Schuldners	268
2. Vermögensrechtlicher Anspruch	269
3. Begründeter Anspruch im Eröffnungszeitpunkt	270
II. Aussonderungsberechtigte Gläubiger	270
1. Dingliche Aussonderungsrechte	271
a) Alleineigentum:	272
b) Miteigentum:	273
c) Factoring:	273
d) Treuhand:	274
e) Gewerbliche Schutzrechte, Urheberrechte, Softwarelizenzen:	276
f) Versicherungsrechtliche Ansprüche:	276
g) Betriebliche Altersvorsorge:	277
h) Anfechtungsanspruch eines anderen Insolvenzverwalters:	278
i) Handelsvertretung:	278
j) Kommission:	279
2. Schuldrechtliche Aussonderungsrechte	279
3. Aussonderungsverfahren	280
a) Kein Wegnahmerecht des Aussonderungsberechtigten:	280
b) Zeitpunkt der Aussonderung:	280
c) Umfang des Aussonderungsanspruchs:	281
d) Informationspflichten des Insolvenzverwalters:	281
e) Aussonderungsrechtsstreit:	281
4. Aussonderungskosten	282
5. Ersatzaussonderung	282
III. Absonderungsberechtigter Gläubiger	283
1. Grundlagen	283

Inhaltsverzeichnis

2. Die einzelnen Absonderungsrechte	285
a) Immobilienpfandrechte	285
b) Mobiliarpfandrechte	288
aa) Rechtsgeschäftliche Pfandrechte	288
bb) Pfändungspfandrechte	291
cc) Gesetzliche Pfandrechte	292
c) Sonstige Absonderungsberechtigte	293
aa) Sicherungsübereignung	293
bb) Verlängerter und erweiterter Eigentumsvorbehalt	295
cc) Sicherungsabtretung	297
dd) Unechtes Factoring	299
ee) Doppelnützige Treuhand	299
ff) Zurückbehaltungsrecht wegen nützlicher Verwendungen	301
gg) Kaufmännisches Zurückbehaltungsrecht nach § 369 HGB	302
hh) Absonderungsrecht des Fiskus	302
ii) Weitere zur Absonderung berechtigende Zurückbehaltungsrechte	302
d) Verwertung der Absonderungsrechte	303
aa) Bei unbeweglichen Gegenständen	303
bb) Bei beweglichen Gegenständen	303
cc) Bei Forderungen	305
e) Ersatzabsonderung	305
IV. Massegläubiger	306
1. Allgemeines zu Masseverbindlichkeiten	306
a) Bestrittene Masseverbindlichkeiten	306
b) Haftung des Schuldners	306
c) Fehlerhafte rechtliche Qualifizierung der Masseverbindlichkeit	307
2. Arten der Masseverbindlichkeiten	307
a) Kosten des Insolvenzverfahrens	307
aa) Gerichtskosten	307
bb) Vergütung und Auslagen des (vorläufigen) Insolvenzverwalters	308
cc) Gläubigerausschuss	309
b) Sonstige Masseverbindlichkeiten	309
aa) Durch Handlung des Insolvenzverwalters	309
bb) „In anderer Weise“ begründete Verbindlichkeiten	310
cc) Aus gegenseitigen Verträgen	312
dd) Wegen ungerechtfertigter Bereicherung	313
ee) Durch den vorläufigen Insolvenzverwalter begründet	313
ff) Steuerforderungen aus der vorläufigen Insolvenzverwaltung	314
gg) Vergütungsanspruch des gemeinsamen Vertreters nach SchVG	315
hh) Weitere Masseverbindlichkeiten	315
3. (Drohende) Masseunzulänglichkeit	316
a) Masseunzulänglichkeit	316
b) Drohende Masseunzulänglichkeit	316
c) Folgen der Masseunzulänglichkeit	316
aa) Allgemeine Folgen	316
bb) Rangeinordnung des § 209 InsO	317
cc) Aufrechnung	319
I. Arbeitnehmer	319
I. Insolvenzarbeitsrecht	320
1. Kündigungen	320
a) Kündigungsbefugnis	320
b) Kündigungsfrist	321
c) Kündigungsschutz	321
2. Kollektives Arbeitsrecht im Insolvenzverfahren	323
a) Betriebsänderung	323
b) Interessensausgleich	324
c) Sozialplan im Insolvenzverfahren	325
d) Beschlussverfahren zum Kündigungsschutz	327

Inhaltsverzeichnis

e) Betriebsübergang gemäß § 613a BGB:	328
f) Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften in der Insolvenz:	330
II. Insolvenzgeld	331
1. Anspruchsvoraussetzungen für Insolvenzgeld	331
a) Arbeitnehmer:	331
b) Inlandsbeschäftigung:	332
c) Insolvenzereignis:	332
2. Antrag auf Insolvenzgeld	333
3. Insolvenzgeldzeitraum	333
4. Höhe des Insolvenzgeldes	334
5. Insolvenzgeldfinanzierung	334
III. Rechtliche Einordnung sonstiger Ansprüche der Arbeitnehmer	335
1. Urlaubs- und Urlaubsabgeltungsansprüche	336
2. Arbeitszeitkonten und Altersteilzeit	336
J. Die Vergütung im Insolvenzverfahren	337
I. Allgemeines	337
II. Vergütung des Insolvenzverwalters	337
1. Berechnungsgrundlage der Vergütung	337
2. Höhe der Regelvergütung	338
3. Zu- und Abschläge	338
4. Auslagenersatz und Umsatzsteuer	338
5. Festsetzung	339
III. Die Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters	339
IV. Die Vergütung des Sachwalters	340
V. Vergütung des vorläufigen Sachwalters	341
K. Auskunfts- und Mitwirkungspflichten des Schuldners in den verschiedenen Verfahrensarten	342
I. Auskunftspflicht	342
II. Unterstützungs- und Mitwirkungspflicht	343
III. Bereitschaftspflicht	343
IV. Unterlassungspflicht	344
V. Zur Auskunft verpflichtete Personen	344
VI. Aufwendungsersatz	344
VII. Zwangsmittel zur Durchsetzung der Pflichten	345
§ 4 Gläubigerrechte im Insolvenzverfahren	346
A. Gläubigerrechte im Insolvenzverfahren	348
I. Insolvenzgläubiger	348
1. Insolvenzforderungen	349
2. Anspruchsdurchsetzung und Befriedigung	349
3. Mitwirkung am Insolvenzverfahren	350
II. Aussonderungsberechtigte Gläubiger	350
1. Aussonderungsrechte	350
a) Eigentum:	350
b) Einfacher Eigentumsvorbehalt:	351
c) Treuhand:	352
aa) Echte Treuhand:	352
bb) Unehchte Treuhand:	353
d) Factoring:	353
2. Anspruchsdurchsetzung und Befriedigung	354
a) Im Eröffnungsverfahren:	354
aa) Herausgabe an den Gläubiger:	355
bb) Duldung der Nutzung:	355
b) Im eröffneten Verfahren:	356
aa) Herausgabe an den Gläubiger:	356
bb) Duldung der Nutzung:	356
c) Ersatzaussonderung:	357
3. Lieferanten-Pool für Aussonderungsrechte	358
4. Mitwirkung am Insolvenzverfahren	358

Inhaltsverzeichnis

III. Absonderungsberechtigte Gläubiger	358
1. Absonderungsrechte	359
a) Hypotheken, Grundschulden:	359
b) Pfandrechte:	359
c) Sicherungsübertragung und –abtretung:	359
d) Verlängerter/erweiterter Eigentumsvorbehalt:	360
2. Anspruchsdurchsetzung und Befriedigung	361
a) Im Eröffnungsverfahren:	361
aa) Verwertung:	361
bb) Duldung der Nutzung:	361
cc) Verwertungsvereinbarung (unechter Massekredit):	362
b) Im eröffneten Verfahren:	362
aa) Verwertung:	363
bb) Kostenbeiträge zur Insolvenzmasse:	367
cc) Duldung der Nutzung:	367
c) Ersatzabsonderung:	368
3. Lieferanten-Pool	368
4. Mitwirkung am Insolvenzverfahren	368
B. Mitwirkungsrechte der Gläubiger am Insolvenzverfahren	369
I. Einflussmöglichkeiten der Gläubiger auf den Verfahrensgang	369
1. Historie – stete Weiterentwicklung der Gläubigerautonomie	369
2. Die wesentlichen Gläubigerorgane im Verfahren nach der InsO	371
3. Überlegungen im Vorfeld eines Gläubigerausschussmandats	371
II. Der Gläubigerausschuss	372
1. Der vor-vorläufige Gläubigerausschuss im Eröffnungsverfahren	372
a) Zusammensetzung:	373
b) Die verschiedenen Ausschussvarianten:	375
aa) Pflichtausschuss, § 22a Abs. 1 InsO	375
bb) Antragsausschuss, § 22a Abs. 2 InsO	376
c) Hindernisse aus der Praxis:	380
2. Mitwirkungsmöglichkeiten bei der gerichtlichen Sanierung	380
a) Regelinsolvenzeröffnungsverfahren	380
aa) Allgemein:	380
bb) Wahl/Abwahl des vorläufigen Insolvenzverwalters als zentrale Aufgabe:	382
b) Das Eigenverwaltungsverfahren nach § 270a InsO	389
aa) Wahl/Abwahl des vorläufigen Sachwalters:	389
bb) Gläubigerbeteiligung bei der Anordnung der Eigenverwaltung	389
c) Das Schutzschirmverfahren:	390
aa) Die Wahl des vorläufigen Sachwalters – § 270b Abs. 2 S. 2 InsO:	391
bb) Die Beantragung der Aufhebung nach § 270b Abs. 4 Nr. 2 InsO:	391
d) Die Haftung des vor-vorläufigen Gläubigerausschusses	391
aa) Allgemeines:	391
bb) Anwendung der „Business Judgement Rule“ im Sinne des § 93 Abs. 1 S. 2 AktG:	393
cc) Haftpflichtversicherung:	393
3. Der vorläufige Gläubigerausschuss	394
a) Allgemeines	395
aa) Antragsrecht auf Einberufung der Gläubigerversammlung, § 75 Abs. 1 Nr. 2 InsO:	395
bb) Recht auf Auskunft des Schuldners, § 97 Abs. 1 InsO:	395
b) Einflussmöglichkeiten in der jeweiligen Sanierungsvariante	395
aa) Stellungnahmerecht im Berichtstermin, § 156 Abs. 2 InsO:	395
bb) Maßnahmen vor der Entscheidung, § 158 Abs. 1 InsO:	396
4. Der endgültige Gläubigerausschuss	396
a) Regelinsolvenzverfahren – besonders bedeutsame Rechtshandlungen, § 160 Abs. 1 InsO:	397
b) Das Eigenverwaltungsverfahren	397
aa) Anzeigepflicht, § 274 Abs. 3 S. 1 InsO:	397

Inhaltsverzeichnis

bb) Mitwirkung bei besonders bedeutsamen Rechtshandlungen, § 276 InsO:	398
c) Sanierung im Planverfahren	398
aa) Mitwirkung an der Planaufstellung, § 218 Abs. 3 InsO:	398
bb) Recht zur Stellungnahme, § 232 Abs. 1 Nr. 1 InsO:	399
cc) Wirkungen des bestätigten Plans:	399
5. Exkurs: Gruppen-Gläubigerausschuss, § 269c InsO-E	399
a) Antragsrecht des Gläubigerausschuss, § 269c Abs. 1 InsO-E:	399
b) Unterstützung, § 269c Abs. 2 InsO-E:	400
III. Die Gläubigerversammlung	400
1. Allgemeines	400
2. Einflussmöglichkeiten in der jeweiligen Sanierungsvariante	401
a) Das Regelinsolvenzverfahren	401
aa) Wahl eines anderen Insolvenzverwalters, § 57 InsO:	401
bb) Entscheidung über den Fortgang des Verfahrens, § 157 InsO:	402
b) Das Eigenverwaltungsverfahren	402
aa) Wahl eines anderen Sachwalters:	402
bb) Antragsrecht auf nachträgliche Anordnung der Eigenverwaltung, § 271 InsO:	402
cc) Antragsrecht auf Aufhebung der Eigenverwaltung, § 272 Abs. 1 Nr. 1 InsO:	402
3. Sanierung im Planverfahren	403
a) Vorlage des Insolvenzplans, § 218 Abs. 2 InsO:	403
b) Insolvenzplan, § 284 InsO:	403
C. Fazit	404
§ 5 Unternehmensfinanzierung im Rahmen der gerichtlichen Sanierung	406
I. Einleitung	407
II. Auswirkung der Insolvenzantragstellung auf bestehende Finanzierungen	408
1. Auswirkung auf Finanzierungsverträge	408
a) Eröffnungsverfahren	408
b) Eröffnetes Verfahren	409
aa) Rückzahlungsanspruch des Darlehensgebers	409
bb) Auszahlungsanspruch des Darlehensnehmers	409
cc) Kontokorrentkredite	409
dd) Finanzierungen durch Anteilseigner	410
2. Auswirkung auf bestehende Sicherheiten	410
a) Sicherheiten im Eröffnungsverfahren	410
b) Sicherheiten im eröffneten Verfahren	411
aa) Erwerbsverbot nach § 91 InsO	411
bb) Insolvenzanfechtung	411
c) Grenzen der Insolvenzfestigkeit einzelner Sicherheiten	412
aa) Sicherungszessionen	412
bb) Sicherungsübereignung	413
cc) Kontoverpfändung	413
dd) Verpfändung von Gesellschaftsanteilen	414
III. Neufinanzierung im Insolvenzverfahren („Fresh Money“)	414
1. Zustandekommen des neuen Kreditverhältnisses	415
a) Kompetenzen des Schuldners und des vorläufigen Verwalters im Eröffnungsverfahren	415
b) Zustimmungsbefugnisse des vorläufigen Gläubigerausschusses und des Insolvenzgerichts	416
c) Kompetenzen im eröffneten Verfahren	416
d) Restriktionen unter den bestehenden Kreditverträgen	417
2. Formen der Kreditvergabe	417
a) Echter Massekredit	417
b) Unehchter Massekredit	418
c) Insolvenzgeldvorfinanzierungen	418

Inhaltsverzeichnis

3. Kreditvergabe durch Anteilseigner und Geschäftsführer	419
a) Massendarlehen	419
b) Vorschusspflicht gemäß § 26 Abs. 4 InsO	419
4. Besicherung der Neufinanzierung	419
a) Sicherungszession	420
b) Sicherungsübereignung	421
c) Kontoverpfändung	421
d) Grundschild	422
e) Verpfändung von Gesellschaftsanteilen	422
5. Verwertungsszenarien – Risiko der Masseunzulänglichkeit	422
6. Besonderheiten im Eigenverwaltungsverfahren und Schutzschirmverfahren	423
a) Möglichkeit der Begründung von Masseverbindlichkeiten	423
aa) Schutzschirmverfahren nach § 270b InsO	423
bb) Vorläufige Eigenverwaltung nach § 270a InsO	423
cc) Eröffnetes Verfahren	424
b) Mitwirkungsbefugnisse des Sachwalters und des Gläubigerausschusses	424
c) Haftung	425
aa) Haftung des Schuldners	425
bb) Haftung der Geschäftsleiter	425
7. Besonderheiten im Insolvenzplanverfahren	426
8. Besonderheiten in der Konzerninsolvenz	427
IV. Fazit	427
§ 6 Internationale Alternativen	428
A. Einleitung zu internationalen Alternativen	430
I. Überblick über das Internationale Insolvenzrecht	431
1. Der Kontext des Internationalen Insolvenzrechts	431
2. Prinzipien des Internationalen Insolvenzrechts	431
3. Bestimmung des anwendbaren Rechts	432
II. Koordination grenzüberschreitender Insolvenzverfahren	433
1. Allgemein	433
2. Internationale Übereinkommen	433
3. Internationale Standards	434
a) Allgemein:	434
b) UNCITRAL Model Law:	434
4. Koordination zwischen Insolvenzverwaltern über Protokolle	434
5. Koordination zwischen den Insolvenzgerichten	435
B. Die Europäische Insolvenzverordnung (EuInsVO) und ihre Anwendung	436
I. Überblick über die Europäische Verordnung über Insolvenzverfahren (EuInsVO)	436
II. Grundgedanke und Eckpfeiler	437
1. Zuständigkeit / COMI	437
2. Anerkennung	439
3. Anwendbares Recht	440
III. Anwendungsbereich	440
IV. Territorialverfahren	440
1. Partikularinsolvenzverfahren	441
2. Sekundärinsolvenzverfahren:	441
V. „Wahlmöglichkeit“ des Schuldners	442
VI. Sonderanknüpfungspunkte/anwendbares Recht	442
1. Besonderheit dinglicher Rechte	443
2. Aufrechnung	444
3. Eigentumsvorbehalte	444
4. Insolvenzanfechtung	445
VII. Konzerninsolvenzrecht	445
VIII. Projekt zur Harmonisierung des Insolvenzrechts in der EU	446
C. Deutsches Internationales Insolvenzrecht	447
I. Entwicklung des deutschen Internationalen Insolvenzrechts	447
II. Das deutsche Internationale Insolvenzrecht im internationalen Kontext	448
III. Grundprinzipien und Systematik des deutschen Internationalen Insolvenzrechts	449

Inhaltsverzeichnis

IV. Sanierungsspezifische Schwerpunkte des deutschen Internationalen Insolvenzrechts	449
1. Das Inlandsverfahren mit Auslandsbezug	450
a) Eröffnungszuständigkeit:	450
b) Anwendbares Materielles Insolvenzrecht – Insolvenzstatut:	450
2. Das Auslandsverfahren mit Inlandsbezug	451
3. Sanierungsspezifische Schwerpunkte des auf das Verfahren anwendbaren Rechts	452
a) Insolvenzpläne:	452
b) Verträge über unbewegliche Gegenstände:	452
c) Arbeitsrecht:	453
d) Aufrechnung:	454
e) Insolvenzanfechtung:	454
f) Organisierte Märkte/Pensionsgeschäfte:	456
4. Territorialinsolvenzverfahren	456
D. Insolvenz- und Sanierungsrecht ausgewählter Staaten	459
I. Allgemein	459
II. Vereinigte Staaten von Amerika	459
1. Einführung in das US-Insolvenzrecht	459
2. Sanierungsverfahren – Chapter 11	461
a) Einführung:	461
b) Einleitung des Chapter 11-Verfahrens:	462
c) Wirkungen der Verfahrenseröffnung:	462
aa) Verwalterloses Verfahren – Debtor in Possession (DIP):	463
bb) Vis attractiva concursus/Zuständigkeitskonzentration:	463
cc) Automatic Stay:	463
d) Abriss des Verfahrensablaufes:	463
e) Übertragende Sanierung – „363-Sale“:	464
f) Finanzierung:	465
g) Insolvenzanfechtung – avoidance actions:	465
h) Anerkennung in Deutschland:	466
3. US-amerikanisches Internationales Insolvenzrecht – Chapter 15	466
a) Einführung:	466
b) Zweck:	467
c) Anwendungsbereich:	467
d) Gerichtszugang, örtliche Zuständigkeit und Antragsformalien:	468
e) Anerkennungsverfahren:	468
aa) Anerkennung als Hauptinsolvenzverfahren („main proceeding“):	469
bb) Anerkennung als Sekundärinsolvenzverfahren („non-main proceeding“):	469
f) Wirkungen der Anerkennung:	469
g) Eröffnung eines amerikanischen full case:	470
h) Koordination von Parallelverfahren:	471
i) Kooperation mit Gerichten und Verwaltern:	471
III. England und Wales	472
1. Das „company voluntary arrangement“	472
a) Hintergrund	472
b) Einleitung des Verfahrens	472
c) Entscheidung über das proposal	473
2. Die „administration“	473
a) Einleitung des Verfahrens und Grundgedanke:	473
b) Verwalter (administrators) und Verfahrensablauf:	474
c) Sanierungsvorschlag (proposal) / „Pre-pack“	474
d) Verfahrensbeendigung:	474
e) Anerkennung:	475
3. Scheme of Arrangement	475
a) Einführung:	475
b) (Internationale) Eröffnungszuständigkeit:	476

Inhaltsverzeichnis

c) Einleitung des Verfahrens:	477
d) Wirkungen der Verfahrenseröffnung – insbesondere Vollstreckungsschutz:	477
e) Abriss des Verfahrensablaufes:	478
aa) Klasseneinteilung:	478
bb) Gläubigerversammlung zur Planabstimmung:	479
cc) Gerichtliche Genehmigung des Schemes:	480
f) Anerkennung in Deutschland:	480
aa) Prozessrechtliche Anerkennung:	480
bb) Materiell-rechtliche Anerkennung:	481
g) Zukunft des Scheme-Verfahrens:	481
IV. Frankreich	482
1. Einführung	482
2. Mandat ad hoc	483
3. Procédure de conciliation	483
4. Procédure de sauvegarde	484
V. Italien	485
1. Überblick	485
2. Die Umschuldungsvereinbarung – accordo di ristrutturazione dei debiti	486
3. Der konkursabwendende Vergleich – concordato preventivo	486
a) Verfahrenseröffnung:	487
b) Der Vergleichsplan	487
c) Verfahrensablauf	487
d) Rechtswirkungen:	488
VI. Schweiz	488
1. Einführung	488
2. Einleitung des Konkursverfahrens	489
3. Verfahrensablauf	489
4. Sanierungsverfahren	490
a) Einleitung:	490
b) Konkursaufschub/provisorische Stundung:	491
c) Nachlassverfahren:	491
5. Internationales Insolvenzrecht	493
a) Einführung:	493
b) Das Inlandsverfahren mit Auslandsbezug:	493
c) Das Auslandsverfahren mit Inlandsbezug:	493
d) Exkurs: Besonderheiten im Verhältnis zu Deutschland:	494
aa) Staatsvertrag zwischen Schweizer Kantonen und der Krone Württemberg	495
bb) Staatsvertrag zwischen Schweizer Kantonen und dem ehem. Königreich Bayern:	495
cc) Staatsvertrag zwischen Schweizer Kantonen und dem Königreich Sachsen	495
VII. Dänemark	495
1. Einführung	495
2. Einleitung des Konkursverfahrens	496
3. Wirkungen der Verfahrenseröffnung und Verfahrensablauf	496
4. Sanierungsverfahren	497
5. Internationales Insolvenzrecht	498
E. Schlussbetrachtungen	498
1. Sanierungen unter Ausnutzung des Internationalen Insolvenzrechts	498
2. Bewertung der aktuellen Reformbestrebungen	499
3. Ausblick – die Entwicklung von Sanierungen im internationalen Umfeld	499
§ 7 Steuerliche Implikationen eines gerichtlichen Sanierungsverfahrens	501
I. Grundlagen des Insolvenzsteuerrechts	503
1. Abgrenzung	503
2. Zivilrechtliche Grundlagen	504
a) Insolvenzfähigkeit/Schuldnergemeinschaft:	504

Inhaltsverzeichnis

b) Die Stellung des Schuldners:	504
c) Die Stellung des Insolvenzverwalters:	505
d) Die Stellung des vorläufigen Insolvenzverwalters:	505
e) Die Stellung des Sachwalters bei Eigenverwaltung:	506
II. Allgemeines Steuerschuld- und Steuerverfahrensrecht in der Insolvenz	506
1. Die Stellung des Schuldners	506
a) Im Eröffnungsverfahren:	506
b) Im eröffneten Insolvenzverfahren:	506
c) Im Verfahren mit Eigenverwaltung:	507
2. Die Stellung des Insolvenzverwalters	508
3. Die Stellung des vorläufigen Insolvenzverwalters	510
4. Die Stellung des Sachwalters bei Eigenverwaltung	510
5. Die Behandlung der Steuerforderungen in der Insolvenz	510
a) Insolvenz- und Masseforderungen:	510
b) Aufrechnung	512
c) Anfechtung:	512
III. Ertragsteuern in der Insolvenz	513
1. Schuldner	513
a) Einkommensteuer	513
b) Aufteilung in die insolvenzrechtlichen Forderungskategorien:	514
c) Behandlung stiller Reserven:	514
d) Behandlung von Verlusten:	515
e) Behandlung von Vorauszahlungen und anrechenbaren Steuerabzugsbeträgen:	516
f) Körperschaftsteuer:	517
g) Gewerbesteuer	518
aa) Erlöschen der Steuerpflicht:	518
bb) Aufteilung in die insolvenzrechtlichen Forderungskategorien:	518
cc) Messbetrags-Berechnung:	518
2. Insolvenzverwalter	518
IV. Sonstige Steuerarten in der Insolvenz	519
1. Umsatzsteuer	519
a) Bedeutung der Umsatzsteuer in der Insolvenz:	519
b) Die Unternehmereigenschaften in der Insolvenz:	519
c) Aufteilung in die insolvenzrechtlichen Forderungskategorien:	520
d) Berichtigung der Bemessungsgrundlage nach § 17 Abs. 2 UStG:	521
e) Berichtigung des Vorsteuerabzugs nach § 15a UStG:	522
f) Immobilienveräußerung zur Tilgung von Grundpfandrechten:	522
g) Verwertung von Sicherungsgut:	523
aa) Verwertung durch den vorläufigen Insolvenzverwalter:	523
bb) Verwertung durch den Sicherungsnehmer nach Insolvenzeröffnung: ..	523
cc) Verwertung durch den Insolvenzverwalter:	523
h) Freigabe von Sicherungsgut an den Schuldner:	524
i) Umsatzsteuerliche Organschaft:	524
2. Lohnsteuer	525
a) Fallgruppen in der Insolvenz des Arbeitgebers	525
b) Aufteilung in die insolvenzrechtlichen Forderungskategorien:	525
c) Lohnsteuer im Insolvenzeröffnungsverfahren:	526
V. Steuerliche Besonderheiten beim Insolvenzplanverfahren	526
1. Steuerforderungen im Insolvenzplanverfahren	526
2. Steuerforderungen nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens	527
VI. Ertragssteuerliche Schwerpunkte der gerichtlichen Sanierung von Unternehmen ..	528
1. Grundüberlegung	528
2. Handelsrechtliche und steuerliche Grundlagen der Gewinnermittlung	530
3. Relevante Steuernormen einer gerichtlichen Sanierung	533
a) Verluste und Mindestbesteuerung:	533
b) Verluste bei beschränkter Haftung von Personengesellschaften (§ 15a EStG):	535

Inhaltsverzeichnis

c) Verlustabzug bei Körperschaften (§ 8c KStG):	536
d) Zinsschranke (§ 4h EStG und § 8a KStG):	539
e) Gewerbesteuerliche Verlustvorträge (§ 10a GewStG):	540
f) Sanierungserlass:	541
4. Unternehmensfortführung bei übertragender Sanierung bei Abwicklung des Rechtsträgers	546
a) Kapitalgesellschaften	546
aa) Grundsachverhalt:	546
bb) Auffassung Finanzbehörden/-gerichte:	549
cc) Würdigung:	551
b) Gewerbesteuer:	555
c) Personengesellschaften:	555
5. Fortführung des Rechtsträgers im Wege des Insolvenzplanverfahrens	556
a) Kapital- und Personengesellschaften:	556
b) Sonderproblem Schenkungssteuer:	557
Sachverzeichnis	559


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG